

10. September 2009
Presseaussendung der Umweltorganisation Virus

Rote Karte für Bures-Foul beim Bundesstraßengesetz VIRUS kritisiert "kafkaesk-kakanische Hinterhältigkeit"

**Wien (OTS) - Heftige Kritik am neuen Bundesstraßengesetzesentwurf- die
Stellungnahmefrist endete am 9.September- übt die Umweltorganisation VIRUS.
Sprecher Wolfgang Rehm**

"Diese unnötige Novelle zielt ausschließlich darauf ab, der Asfinag zu Lasten von Anrainern und anderen Akteuren weitere Vorteile zu verschaffen. Für dieses Foul an den BürgerInnenrechten hat sich Bundesministerin Bures die Rote Karte verdient"

Besonders kritikwürdig sind für die Umweltschützer auch die Umstände, die Begutachtungsfrist für den Entwurf begann in aller Heimlichkeit Anfang August. " Das nennen wir kafkaesk-kakanische Hinterhältigkeit," so Rehm.

Die Hauptkritikpunkte von VIRUS: Der Versuch, Demonstrationsrechte einzuschränken sei entweder unwirksam oder verfassungswidrig, es müsse weiter möglich sein, die berechnete Kritik an einer klima-und anrainerfeindlichen Verkehrspolitik auch dort zu äußern, wo die Probleme gemacht werden. In der Öffentlichkeit bisher weniger Beachtung gefunden habe, dass auch die **Rechtsschutzmöglichkeiten und Entschädigungsansprüche von Enteignungsoptionen weiter eingeschränkt werden sollen. Die Möglichkeit, Bescheide und Auflagen nachträglich einseitig zu ändern**, führe zu einer intransparenten Situation, die Mißbrauch Tür und Tor öffnen würde. "Dabei sind bereits jetzt Auflagen oft nicht das Papier wert auf dem sie gedruckt sind," so Rehm. Geht es nach der Verkehrsministerin, **so sollen nachträglich weitreichende Änderungen etwa beim Lärmschutz, der Veränderung von Baustellenrouten, aber auch eine Verlängerung von Bauzeiten vorgenommen werden können. Dies könne willkürlich und teilweise ohne jede Genehmigungs- oder überhaupt nur Anzeigepflicht erfolgen.**und würde voll zu Lasten der geplagten Anrainer gehen.

"Es kann nicht sein, dass hier versucht wird, im öffentlichen Raum quasi exterritoriale Zonen zu schaffen, in der primäre Bürger und Menschenrechte nicht mehr zählen. sowie die Unversehrtheit des Eigentums nicht mehr gelten sollen", so Rehm abschließend.

Rückfragehinweis:
Wolfgang Rehm
0699/12419913
virus.umweltbureau@wuk.at
<http://www.wuk.at/virus>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0053 2009-09-10/09:52

100952 Sep 09